

## SHORT NEWS

**Pauvreté et logement : le Statec démythifié**

(lc) - Tandis que les négociations pour la nouvelle coalition bleu-rouge-vert sont en cours, le Statec revient sur une problématique alarmante, dont l'importance n'a pas été assez relevée pendant la bataille électorale. Et pour cause : la pauvreté concerne moins les électeurs-trices, qui détiennent le pouvoir politique, que les résident-e-s étrangers-ères, qui souvent se retrouvent au bas de l'échelle salariale et en plus sont confronté-e-s aux coûts astronomiques du logement. C'est ainsi que le 17 octobre - Journée internationale pour l'élimination de la pauvreté - le Statec a publié un « Rapport travail et cohésion sociale - l'État social et le bien-être de la société luxembourgeoise ». Que pendant les cinq dernières années le seuil de pauvreté et les inégalités ont été en hausse n'est pas une nouveauté, le même Statec ayant publié les chiffres de l'indice Gini avant les élections. Dans ce nouveau rapport plus détaillé, il y a un chiffre qui frappe, car il contredit une assertion trop souvent acceptée pour vraie : le coût du logement représente 42 pour cent du revenu disponible des ménages modestes, et non 30 ou 33 pour cent, comme communément admis. Ainsi, le logement, qui devrait être un droit, bouffe près de la moitié du revenu pour celles et ceux qui déjà vivent au seuil de la pauvreté - de l'argent qu'ils n'auront donc plus à disposition pour l'alimentation ou l'éducation. Le taux de pauvreté selon le Statec se situe à 29 pour cent. Un chiffre alarmant, même s'il est calculé avant transferts sociaux et ne considère pas les pensions de vieillesse et de veuvage - avec celles-ci il est à 18,7 pour cent. Le rapport confirme aussi ce que la majorité des moins aisé-e-s ont ressenti dans leurs portefeuilles : c'est au cours de la crise financière que les inégalités se sont creusées. L'écart entre les plus modestes et les classes aisées ne s'est pas réduit depuis, puisque le Statec constate aussi qu'« au cours des années 2005 à 2017, la croissance économique a été globalement favorable aux plus aisés ». Et de l'illustrer avec un graphique montrant les parts de revenus disponibles après coûts de logement pour les riches et les pauvres - c'est surtout chez les premiers que le budget s'est rétréci comme peau de chagrin. Le risque de se retrouver en situation de pauvreté est naturellement plus élevé chez les chômeurs et les travailleurs pauvres, même si la réforme de l'Adem et la croissance économique semblent petit à petit pallier la situation, faisant écrire aux rapporteurs que « la pauvreté n'est pas une fatalité ». Autrement dit : ça ruisselle, mais pas assez pour garantir une existence décente à tout le monde.

**Altes Parlament**

(ja) - Das neue luxemburgische Parlament ist nicht nur sehr männlich, sondern auch ziemlich alt. Obwohl einige Parteien, allen voran die CSV, von „Erneuerung“ und „Verjüngung“ redeten, haben sich die Wähler\*innen davon eher nicht beeindruckt lassen. Das Durchschnittsalter jener 60 Politiker\*innen, die es in die Chamber geschafft haben, liegt bei etwas mehr als 52 Jahren. Die angetretenen Kandidat\*innen waren im Durchschnitt sieben Jahre jünger, also 45. Der Median liegt bei den Gewählten bei 54 Jahren: Die Hälfte der Gewählten ist jünger als 54, die andere Hälfte ist älter. Die jüngste Liste mit im Durchschnitt 37 Jahren stellt auch den jüngsten Abgeordneten: Piratenkapitän Sven Clement mit 29 Jahren. Der älteste Gewählte ist der bisherige Außenminister Jean Asselborn. Eigentlich würde ihm damit die Leitung der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode zukommen. Vermutlich wird Asselborn als Minister jedoch nicht antreten. So wird der zweitälteste Abgeordnete Gast Gibéryen (ADR) gemeinsam mit Clement und dem mit 33 Jahren zweitjüngsten François Benoy (Déi Gréng) als Alterspräsident die konstituierende Sitzung der neuen Legislaturperiode leiten. Wie viele junge Menschen gewählt wurden, hängt vor allem davon ab, bis zu welchem Alter man sie als „jung“ betrachtet. Bis 35 gibt es nur fünf Abgeordnete: Sven Clement, François Benoy, Marc Georgen, Lex Delles und Serge Wilmes. Wer etwas großzügiger ist und Menschen bis 40 jung nennt, kann nochmal vier hinzuzählen: Dan Biancalana (LSAP), David Wagner (Déi Lénk), Marc Baum (Déi Lénk) und Max Hahn (DP). Die größte „Fraktion“ stellen übrigens die Gewählten in ihren 50ern: 19 der Politiker\*innen, die letzten Sonntag ein Mandat errungen haben, sind zwischen 50 und 59 Jahre alt. Die Gruppe jener, die zwischen 60 und 69 Jahre alt sind, ist mit 18 Gewählten jedoch beinahe genauso groß. Im Zuge der Regierungsbildung werden natürlich einige der Gewählten zugunsten eines Minister\*innenpostens auf ihr Abgeordnetenmandat verzichten, was bedeutet, dass weitere junge Politiker\*innen nachrücken könnten. Ein Problem haben allerdings alle Abgeordneten: Bei der nächsten Wahl werden auch sie fünf Jahre älter sein.

## AKTUELL

PIRATEPARTEI

**Die jungen Gemäßigten**

Joël Adami

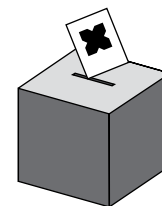
**Der Wahlsieg der Piratepartei kam für viele überraschend, nicht jedoch für die Partei selbst. Nun muss die parlamentarische Arbeit organisiert werden.**

Wie kann eine Partei, die in den letzten fünf Jahren wenig präsent war, auf einen Schlag zur deutlichen Wahlgewinnerin avancieren? Den Parteipräsidenten Sven Clement hat der Sieg seiner Partei nicht überrascht. „Wir haben die letzten fünf Jahre dazu genutzt, unsere Leute schulen zu lassen und Zielgruppenanalysen zu machen.“ Man habe sich fünf Prozent der Stimmen zum Ziel gesetzt, die entsprechenden Wähler\*innen identifiziert und sie gezielt angesprochen. Ein wichtiger Baustein der Strategie war dabei der Zusammenschluss mit der Partei für integral Demokratie (Pid). „Wir wollten keine Klon-Parteien, die sich gegenseitig Stimmen klauen“, so Clement.

Eigentlich war die Piratepartei angetreten, um Dinge anders zu machen und die Aufmerksamkeit auf die Fragen des digitalen Zeitalters zu lenken: Netzpolitik, Transparenz, Überwachung, Datenschutz usw. Diese Kernthemen spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle, einzig die Kameraüberwachung wurde noch thematisiert. „Mit Datenschutz hätten wir nach Einführung der DSGVO keinen Blumentopf gewinnen können“, sagt Clement, der sich selbst irgendwo zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus einordnet. So ähnlich sieht es mit den Forderungen der Partei aus, die Vereinfachungen für Startups, billigeres Wohnen, Cannabislegalisierung und stärkeren Tierschutz verspricht - eine klare ideologische Linie ist nicht zu erkennen.

**Eint der Wahlsieg die Partei?**

Die ursprüngliche Idee der Piratepartei wurde verwässert, um Wahlen gewinnen zu können. Das zeigte sich auch beim Parteikonvent im Mai, der wesentlich strenger durchgezogen wurde als vorherige Parteimeetings - wurde sonst das Programm Zeile für Zeile diskutiert und jede\*r Kandidat\*in einzeln befragt, wurde diesmal alles in einem Rutsch abgesehen. Der parteiinterne Zwist zwischen „Realos“ und „Fundis“ wurde offen ausgetragen - laut Clement

Chamberwahlen  
2018

ist er jetzt jedoch kein Thema mehr: „Manche Parteimitglieder werden niemals beste Freunde, aber sie können zusammenarbeiten. Das ist, was am Ende zählt.“ Die Rolle von Vizepräsident Daniel Frères, der durch seine Zusammenarbeit mit „Lëtzebuerg Privat“ und seinem aggressiven Verhalten gegenüber Obdachlosen in seiner Rolle als „Tierschützer“ aufgefallen ist, sieht Clement gelassen: „Wir haben manchmal eine andere Perspektive auf die Dinge. Aber Daniel Frères trägt unsere Forderungen mit.“

Die Partei muss sich nun schnell in der neuen Rolle im Parlament zurechtfinden.

Dabei helfen Übt schon mal vor der Chamber: Piratenpräsident Sven Clement. Jean Colombera, Gründer der Pid, wird in einer ersten Zeit den beiden Gewählten Sven Clement und Marc Goergen zur Seite stehen, um ihnen die Fallstricke der Abgeordnetenversammlung zu erklären. Die Möglichkeit, eine „Groupe technique“ mit der ADR zu bilden, um die Vorzüge einer Fraktion genießen zu können, sieht Clement kritisch - zu groß seien die Differenzen mit der rechtspopulistischen Partei, um so zusammenarbeiten zu können.

Die größte Herausforderung für die beiden Piraten wird im Parlament darin bestehen, im Rahmen der Möglichkeiten eine klare politische Kante zu zeigen. Clement will das Thema Kameraüberwachung durch parlamentarische Anfragen zu Kriminalitätsstatistiken auf die mediale Tagesordnung bringen. „Im Rahmen meiner Arbeit bei der Studierendenvertretung in Saarbrücken habe ich mich viel mit Hochschulpolitik und Mobilität beschäftigt. Das sind zwei weitere Felder, in denen ich mich im Parlament engagieren will“, sagt Clement, der sich auch vorstellen kann, mit anderen Parteien Kompromisse zu erreichen, um „das Leben Einzelner ein wenig zu verbessern“. Das Piratenschiff in den stillen, aber tiefen Gewässern des Parlaments auf Kurs zu halten wird auf jeden Fall eine schwierige Aufgabe.



FOTO: PIRATEPARTEI